

DEMOCRACY WE DELIVER

Nr. 22 November/Dezember 2001

Über den Globalisierungsschwindel

Die Kriegspropaganda hat eine Unzahl von Themen in den Hintergrund gedrängt, darunter auch das vorangegangene Schreckgespenst "Globalisierungsgegner". Kurz hallte ihre Existenz in den anfänglichen Mutmaßungen um die Verursacher des WTC-Kollaps noch nach, dann war ihre mediale Präsenz beendet – vorläufig zumindest. Grund genug, das Thema Globalisierung von der Tagesordnung zu nehmen? Mitnichten!

Terror worldwide

Wie bspw. kommen ein paar Leute von der einen "Seite" der Weltkugel dazu, woanders zu studieren, um dann an noch einem anderen Ort riesige Flugzeuge in ebensolche Hochhäuser zu lenken, Tausende mit in den Tod nehmend? Was haben umgekehrt die miesesten Söldner und Killer aus aller Welt (SAS, KSK, Özel Tim, Seals, Fremdenlegion ...) in den ach so zivilisationsfeindlichen Bergen Afghanistans zu suchen? Dass hier Gott, Allah oder "die Demokratie" irgendwem den Floh ins Ohr gesetzt haben, scheidet aufgrund derer Nichtexistenz aus; bleiben also handfeste Interessen, die allerdings auf verschiedene ideologische Weisen vermittelt wurden und werden, eben als "Demokratie" oder Allah. Diese Interessenswidersprüche im weltweiten Maßstab und ihre ideologische Vermittlung betrachtend, landen wir wieder beim Ausgangsthema, der sogenannten Globalisierung.

Globalisierung – Kampfbegriff gegen Ausbeutung und Unterdrükkung?

Der Begriff für sich allein ist sinnlos, wird aber dennoch oder deswegen nahezu ausschließlich separat verwendet. Sinn macht der Begriff überhaupt nur, wenn benannt wird, was sich denn da "globalisiert", also über die gesamte Weltkugel erstreckt: gemeint ist damit *von Seiten der GegnerInnen* das Weltweit-Machen von Handel und Kapitalverkehr in einer Form, die auf die Würde und das Leben der Menschen in "aller" Welt keine Rücksicht nimmt. Eben das aber ist alles andere als neu.

Seit es Gesellschaftssysteme gibt, in denen Gruppen von Menschen Pro-



Impressum: Fight Back!, Cyriaksring 55, 38118 Braunschweig
Erscheint regelmäßig in einer Auflage von 1000 Exemplaren. Die Verteilung erfolgt kostenlos an Schulen, Jugendzentren und in Kneipen. Der Inhalt der einzelnen Artikel gibt nicht unbedingt die Meinung des gesamten Redaktionskollektivs wieder. Über den Abdruck von zugeschickten Artikeln, Terminen etc. entscheidet das Redaktionskollektiv.
Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung bleibt bis zur Aushändigung an den Adressaten/die Adressatin Eigentum des Redaktionskollektivs. "Zur Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Zeitungen sind unter Angabe des Grundes an das Redaktionskollektiv der Fight Back! zurückzusenden.
V.i.S.d.P.: August Merges, Karl-Marx-Str. 2, 38104 Braunschweig

duktionsmittel “anhäufen”, um andere – ohne solche - damit arbeiten zu lassen, um sich dann einen Teil des mit dem Produzierten gemachten Gewinns einzustecken, streben eben diese Produktionsmittelbesitzer danach, ihre Einflussbereiche auszuweiten. In der Antike waren es Sklaven, Rohstoffe und Absatzmärkte, um die fortwährende Kriege in der gesamten bekannten Welt geführt wurden, die feudalen Staaten rangen um Kolonien, auch dieser Streit kulminierte in einem Weltkrieg. Nach dem Zweiten Weltkrieg dann wurden unter dem Eindruck der aktuellen Zerstörungkraft moderner Waffen und der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion und den sozialistischen Staaten Instrumente seitens der kapitalistischen Staaten geschaffen, um die Interessenkonflikte möglichst auf diplomatischer Ebene regeln zu können.[1] Diese Institutionen (IWF, Weltbank, GATT-später WTO) stellen Regeln für die Weltmarktkonkurrenz auf, wobei sie auf die Zustimmung der Weltwirtschaftsmächte – allen voran die G8-Staaten – angewiesen sind. Im Laufe der Jahre sind immer mehr Staaten wirtschaftlich wie politisch ziemlich bedeutungslos gemacht worden, während die Stärksten dadurch noch stärker wurden. Seit einigen Jahren, bedingt durch den Wegfall der Sowjetunion und eine enorme Entwicklung der Kommunikations- und Informationsmittel, macht dieser Prozess einen neuen Schub durch, der überall auf der Welt, auch in den kapitalistischen Metropolen, auf der einen Seite weitere Erwerbslosigkeit und Armut erzeugt, auf der anderen einen erhöhten Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften für einige wenige – zumeist hochtechnisierte - Branchen hervorruft.[2] Das weltweite System der Ausbeutung und Unterdrückung, Imperialismus genannt, bleibt dabei jedoch das gleiche.

So weit, so schlecht - ist das Bezeichnete auch schon älter, wäre es doch lobenswert, wenn sich nun, da sich wieder hie und da Widerstand gegen den Raub des zum Leben Notwendigen regt, ein Begriff durchgesetzt hätte, der geeignet wäre, einem internationalen Kampf gegen das kapitalistische System von Ausbeutung und Unterdrückung ein wenig verbale Form zu geben. Das ist der Begriff Globalisierung aber nicht! Im Gegenteil:

Globalisierung - Modevokabel der herrschenden Klasse!

Im Zusammenhang mit Begriffen wie “Standort” wurde der Begriff “Globalisierung” von denjenigen geprägt, die eben diese betreiben, *und zwar als Argument für ihr Vorgehen*. Was diese über Jahrzehnte betrieben haben, nämlich den ganzen Globus mit ihren Kapitalverwertungsinteressen

zu überziehen, bezeichnen sie nun mit dieser Modevokabel – aber mit einem entscheidenden und alles verdrehenden Zusatz. Sie behaupten nämlich, sie seien der „Globalisierung“ *ausgesetzt*. Da gibt es jetzt also das international agierende Kapital, dessen sich – ausgerechnet die kapitalstärksten – Staaten angeblich erwehren müssen. Sozusagen reihum bezeichnet sich jeder dieser Staaten als Opfer der Konkurrenz, die er über Jahrzehnte vorangetrieben hat. Diese Lüge ist zu der Ideologie der heutigen Macher geworden. Mit dieser Ideologie ziehen sie eine Maßnahme nach der anderen durch, die von nichts anderem zeugen als dem unbedingten Willen, in der Konkurrenz der Nationen zu bestehen und andere Nationen zu den wirklichen Opfern, also Konkurrenzverlierern zu machen. Damit wird der nationalen Arbeitskraft in der Konkurrenz der Nationen ein neuer Status aufgezwungen: Sie soll als Waffe in dieser Konkurrenz eingesetzt werden, indem sie verbilligt wird. Was das für die beschäftigten und beschäftigungslosen Arbeitskräfte bedeutet, kennt jeder: Unter Titeln wie „Modernisierung des Sozialstaates“ und „Standortsicherung“ spricht der Staat erstens klipp und klar aus, dass er den Zugriff auf alle Lebensumstände seines Arbeits”volkes” hat und dass er es zweitens als Material im Kampf gegen andere Nationen beansprucht und einsetzt. Deswegen befindet er es drittens als zu teuer. Dies führt er viertens darauf zurück, dass er ihm in der Vergangenheit zu viele „Besitzstände“ zuerkannt habe, die nicht mehr „in die heutige Zeit der globalen Konkurrenz passen“ sollen. Daher „muss“ er fünftens diesen Fehler schleunigst korrigieren und dem “Volk” diese „Besitzstände“ wieder aberkennen. Natürlich wird das sechstens immer von einem „leider“ begleitet: Nur auf Grund der äußeren Zwänge der Globalisierung „müsse“ sich der Staat so verhalten. Mit dieser Globalisierungsideologie rechtfertigt der Staat das, was er als führender kapitalistischer Staat will, als unabänderlichen „Sachzwang“.



Die GlobalisierungsgegnerInnen stützen sich also auf einen Begriff, der nicht etwas schon seit langer Zeit Bestehendes meint, sondern Globalisierung als etwas tatsächlich Neues und Unabänderliches hinstellt, das zudem im Gegensatz zu den bisher gekannten Nationalstaaten als

Hüter der Ordnung steht. Die Bösewichte sind folglich die internationalen Gremien der Weltwirtschaftsmächte, gegen deren Treffen man sich versammelt, das Schlechte in der Welt wird verdammt, Proteste und Appelle richten sich an die "eigene" Regierung, doch wieder die Macht im eigenen Haus zum Wohle des "Volkes" zu gebrauchen. Dabei sind es doch eben die Nationalstaaten, auf deren Mist das Ganze gewachsen ist.



Was tun?

Die Auswirkungen des weltweit agierenden Kapitalismus sind nicht vom Himmel gefallen und es gibt sie nicht nur in den Ländern des Trikont. Die Globalisierung ist eine Lüge, die als angeblicher Sachzwang dazu dient, bei Löhnen, Gehältern und staatlichen finanziellen Zuwendungen mehr und mehr zu kürzen. Die BRD ist nicht Opfer, sondern aktiver Teil dieser innerimperialistischen Konkurrenz, und zwar nur im Interesse des Kapitals. Darum hilft kein Klopfen an die Tür der G8-Treffen, auch nicht mit dem Hammer.

Vielmehr gilt es, sich vor Ort gegen Ausbeutung und Unterdrückung einzusetzen, Solidarität mit den Schwächsten zu zeigen, die als nicht mehr verwertbar marginalisiert werden und für die Verbesserung der Lebensumstände aller zu kämpfen. Das kann nicht mit dem Staat geschehen, sondern nur gegen ihn.

Es gilt, mit denen solidarisch zu sein und sie zu unterstützen, die in anderen Teilen der Welt für ihr Leben kämpfen.[3]

Schlussendlich gilt es, die Ursache für Krieg und Elend zu beseitigen, ein System, das Menschen nur nach ihrer Verwertbarkeit beurteilt und danach ihre Lebensberechtigung bemisst.

Fussnote 1

"Friedliche Bündnisse bereiten Kriege vor und wachsen ihrerseits aus Kriegen hervor, bedingen sich gegenseitig, erzeugen einen Wechsel der Formen freidlichen und unfreidlichen Kampfes auf ein und demselben Boden imperialistischer Zusammenhänge und Wechselbeziehungen der Weltwirtschaft und der Weltpolitik" (W.I.Lenin: der Imperialismus als höchste Stadium des Kapitalismus, Kapitel IX)

... z.B. wenn die Kleinen nicht so wollen, wie es die großen gern hätten, dann gibt's Krieg. Bspw. "half" die CIA in Afghanistan, wo die Sowjetunion bereits Krieg führte, für 2-3 Mrd. US-$ bei der Ausbildung und Aufrüstung der antisowjetischen Kräfte, zu denen auch die Taliban und Bin Ladn gehörten. Man sieht ja, was es gebracht hat ...

Fussnote 2
Diesem gesteigerten Bedarf ist es geschuldet, dass neuerdings völkisch argumentierende Rassisten schief beäugt werden dürfen, schaden sie doch dadurch dem “Standort”, sind also keine “guten Deutschen”, während Schily und andere Rassisten der modernen Spielart über gezielte Zuwanderung benötigter Arbeitskräfte bei gleichzeitigem Abbau der letzten Asylmöglichkeiten entscheiden. Hier – die Aufmerksamen werden’s bereits gemerkt haben, schleichen sich auch unsere “Schläfer” ein, nämlich als die Arbeitskräfte, ohne die Kapitalismus nicht geht. Genau aus den Staaten nämlich, die von den mächtigen imperialistischen Staaten klein und arm gehalten werden, kommen a) die qualifizierten aber billigen/benötigten Arbeitskräfte und b) die möglichen Gegner einer für sie unvorteilhaften Weltordnung.

Fussnote 3
Das wäre dann auch ein Schritt in Richtung einer anderen “Globalisierung”. Unter Ausnützung bereits heute bestehender technischer Errungenschaften wäre es ja durchaus möglich, die Menschheit im positiven Sinne zu “globalisieren”. Das Argument, eine vernünftige und an den Bedürfnissen aller Menschen orientierte Produktion im größeren Maßstab sei technisch nicht umzusetzen, da sie an der Unplanbarkeit im großen Rahmen scheitere, hat der Kapitalismus selbst ja gerade aufgehoben; jede dusslige Joghurtfirma kann bereits die Aludeckel für ihre Becher auf das Stück genau von jedem anderen Ort der Welt anfordern. Warum also sollte das nicht auch anders eingesetzt werden können?



“In der Vielfalt liegt unsere Kraft”

Zur vermeintlichen Stärke einer heterogenen Bewegung

■ Die Rede ist, wie könnte es anders sein, von der sogenannten “Anti-Globalisierungsbewegung”. Seit dem Treffen von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank 1999 in Seattle dominiert das Bild der Proteste die mediale Berichterstattung über sämtliche Gipfeltreffen “der Mächtigen der Erde”. In der Regel sind es Bilder von heftigen Krawallen rund um die Tagungsstätten der schon erwähnten Gipfeltreffen und gelegentlich auch Interviews mit den DemonstrantInnen, die diese Form des Protestes verurteilen. Nun wirft sich die Frage auf, wer für was oder wogegen eigentlich protestiert. Wer sich nun eine einfache Antwort auf die Frage erhofft, dem sei gesagt, dass es diese so nicht gibt, denn die verschiedenen Teile der Bewegung sind so unterschiedlich wie ihre Forderungen widersprüchlich.

Die verschiedenen Strömungen und einige ihrer Hauptforderungen
Im Groben kann die Bewegung in drei Strömungen eingeteilt werden, wobei wir die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zu keiner dieser Strömungen

zählen, da sie gemeinsam mit den Regierungschefs bzw. den Vorsitzenden von IWF und Weltbank an einem Tisch sitzen und ihren Part als demokratische Kritiker mit integrierbaren Forderungen einnehmen. Und wenn sie sich doch mal dazu herablassen zu demonstrieren, dann nur losgelöst von dem Rest der Protestbewegung um ihren Platz am Tisch von IWF, Weltbank oder an der Seite der G8 nicht zu riskieren.

Wer nun glaubt, dass die auf der Straße vertretenen Organisationen allesamt für eine gesellschaftliche Veränderung durch einen revolutionären Prozeß einstehen, irrt sich. Denn auch hier erschöpfen sich die Forderungen von weiten Teilen der Bewegung in dem Wunsch nach einer Verbesserung des vorherrschenden Systems auf der Basis – nach wie vor - kapitalistischer Verwertungslogik. Sie stehen für einen "gezügelten" und "menschlicheren" Kapitalismus ein und sehen die Lösung in dem verstärkten Eingreifen des Staates in die "freie Marktwirtschaft" und in der Eindämmung des "internationalen Kapitaltransfers". Beispielhaft hierfür ist die hochgelobte Tobin-Steuer[1], die von Gruppen wie dem internationalen Netzwerk ATTAC (aus dem französischen übersetzt: "Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger"), verschiedenen



linken Parteien oder auch deutschen Gewerkschaften eingefordert wird. Dieses Verständnis des bürgerlichen Staates, der offensichtlich als vollkommen unabhängig vom Kapitalismus gesehen wird, sowie ihre verkürzte Kritik am Kapitalismus, die lediglich die Auswirkungen seiner globalisierten Form kritisieren, sind leicht in reaktionäre Forderungen, wie z.B. die nach einem starken Nationalstaat, umzumünzen. Zu den oben genannten Organisationen können auch noch die unterschiedlichen kirchlichen Gruppen sowie Umweltorganisationen gerechnet werden. Wie integrierbar ein Teil der Forderungen dieser Strömung, die auch *außerparlamentarische Sozialdemokratie* genannt werden kann, ist, zeigt, dass selbst Gerhard Schröder sie für gerechtfertigt und überlegenswert hält.

Ein anderer Teil der Bewegung ist der Zusammenschluß verschiedener Menschen, unterschiedlicher Gruppen und politischer Strömungen unter der Aktionsform tute bianche (weiße Over-

alls). Das Aktionskonzept der tute bianche ist es, ihren Körper als Waffe des "zivilen Ungehorsams" einzusetzen. Dies bedeutet, dass sie mit Schaumstoffmatten und anderen Dingen zum Schutz des Körpers ausgepolstert z.B. Polizeiabsperrungen zu überrennen versuchen bzw. zur Seite zu schieben. Einer der Hauptinitiatoren des Aktionskonzepts ist das Netzwerk ya basta, welches sich mit dem Aufstand der Zapatistas in Mexiko in mehreren Städten Italiens gegründet hat. Doch die tute bianche suchen nicht nur auf der Straße den „Kontakt mit dem Staat". Sie sehen genau wie die *außerpalamentarische Sozialdemokratie* den Staat als Gesprächspartner. So lassen sich Menschen aus der tute bianche in kommunale Institutionen wie z.B. örtliche Verwaltungen wählen, um eine Vertretung ihres Netzwerkes auf kommunaler Eben zu haben. Ihre Kritik richtet wie bei ATTAC und anderen allein gegen den Neoliberalismus und seine Auswirkungen *("Der Staat ist nicht mehr der Feind, den es zu stürzen gilt, sondern der Gesprächspartner, mit dem wir diskutieren müssen. Und die Wohlfahrt ist der einzige Schutz gegen den entfesselten Markt")* (Interview mit einem Vertreter der tute bianche; Gazzettino). Hieraus ergibt es sich, dass sie beispielsweise die vorhandenen Klassengegensätze nicht erwähnen und auch nicht den Kapitalismus beim Namen nennen, sondern lediglich seine momentane Form, den Neoliberalismus, kritisieren.

Als eine weitere Strömung können trotzkistische Organisationen angesehen werden. Sie sehen den Kapitalismus nicht als unüberwindbares System an und sind irgendwie schon für seine Abschaffung. Dieses wird aus ihren Forderungen vor Ort allerdings nicht ersichtlich. Sie beschränken sich auf eine Kritik der Auswirkungen der neoliberalen Politik und der von ihn verteufelten Globalisierung ohne dabei eine grundlegende Kritik an der Wurzel – dem Kapitalismus – zu üben. Zudem geben sie eine vollkommen weltfremde Analyse der sog. Anti-Globalisierungsbewegung ab. Sie machen aus der heterogenen Bewegung eine weltweite antikapitalistische Bewegung (*"Die Proteste gegen den G8 Gipfel in Genua übersteigen sowohl qualitativ, als auch quantitativ alle bisherigen Proteste und Demonstrationen der antikapitalistischen Bewegung"*) die scheinbar kurz vor der Revolution steht ("*Die Herrschenden sind in der Defensive und haben Angst vor einer immer größer werdenden Bewegung die ihre*

Politik in Frage stellt")(beide Zitate aus: Genua: Die globale Revolte – Wem gehört die Welt?; Linksruck). Vertreter dieser Strömung sind Gruppen wie die Sozialistische Alternative (SAV) und die Sozialist Workers Party (SWP) aus England sowie deren Ableger in den verschiedensten Ländern wie z.B. Linksruck in der BRD. Bekannt – und bei vielen nicht gerade beliebt – sind diese Organisationen als politische Trittbrettfahrer mit inhaltslosen Forderungen auf Pappplakaten, mit denen sie versuchen, Aktionen zu vereinnahmen.

Die dritte, durch die Medienhetze am stärksten betroffene Strömung der Bewegung sind die "Krawalltouristen", "Polithooligans" oder wie auch immer sie diffamiert wurden und werden.



Hierbei handelt es sich um die Menschen, die eine radikale Veränderung des bestehenden Systems wollen und ihren Protest nicht nur friedlich artikulieren sondern ihm auch mit symbolischen Handlungen Ausdruck verleihen. Der Staat wird als Instrument des Kapitalismus zur Aufrechterhaltung der Klassengesellschaft begriffen und ist somit als Adressat für Appelle und Resolutionen gänzlich ungeeignet. Es geht ihnen eben nicht darum, integrierbare Politik zu betreiben sondern ihre Ablehnung gegenüber dem System deutlich zu machen *(Ob Banken, Autos, Geschäfte oder die Polizei: Sie anzugreifen ist für die Individuen ein Vorgeschmack auf Revolte und steht in der Öffentlichkeit als ein Ausdruck, der nicht zu vereinnahmen ist, der nicht positiv zu deuten ist, sondern allein durch seine rein negative Ausstrahlung die radikale Kritik an den Verhältnissen vermittelt.)* (ASSASINI! Ein Diskussionsbeitrag der Autonomen Antifa [M]). Obwohl sie sich durch ihre Aktionsformen von dem Rest der "Anti-Globalisierungsbewegung" abgrenzen wollen, werden sie in den Medien eben doch als ein Teil der "Anti-Globalisierungsbewegung" angesehen, ihre politischen Ziele werden verschwiegen und einfach als bösartigster Teil der Bewegung dargestellt. Ob die radikale Kritik, die vermittelt werden soll, demnach von den ZuschauerInnen vorm Fernseher oder bei den LeserInnen einer Tageszeitung wahrgenommen wird, ist mehr als fraglich.

Abschließend bleibt zu sagen, dass die Stärke der "Anti-Globalisierungsbewegung" vielleicht in der Vielfalt der

Aktionsformen liegt, aber ganz bestimmt nicht in den unterschiedlichen Positionen und teils widersprüchlichen Forderungen. Auch wenn das Wegsehen über die verschiedenen politischen Positionen das momentan imposante Erscheinungsbild der Demonstrationen ausmachen, ist es keine reelle Stärke, da die gemeinsame Stoßrichtung der Bewegung (was an sich eine Bewegung ausmacht) fehlt.

[1]Steuer auf internationalen Finanztransfer und Börsenspekulationen

11880

Elf Streetballteams, achtundachtzig Leute, Null Nazis

Nach mehreren Demonstrationen und Kundgebungen, an denen sich bis zu 300 Leuten beteiligten, organisierte die Jugend Antifa Aktion (JAA) für den 20. Oktober ein Streetballturnier in direkter Nachbarschaft des Nazi-Treffs am Madamenweg 156.

Die bisherigen Aktionen haben ihr Ziel, auf die Nazi-Bande um die Meinhardt-Brüder aufmerksam zu machen, zunächst erfüllt. Polizei und bürgerliche Medien sollten erst gar nicht die Chance erhalten, deren Existenz zu leugnen, wie sie es vordem mit der Nazi-Bande am Frankfurter Platz getan hatten. Mit dem Turnier, zu dem vorher im ganzen Viertel mobilisiert worden war, sollte dann darüber hinaus deutlich gemacht werden, dass wir uns die Straßen und Plätze nicht von den Nazis wegnehmen lassen, sondern dort, wo wir wollen, das tun, was wir wollen. Dadurch wird die Welt sicherlich nicht besser (bezogen auf die Faschisten bedeutet das, dass die Polizei diese auch weiterhin schützen wird, sie sich weiterhin bei der Familie Meinhardt treffen werden und der angrenzende Spielplatz aufgrund der Verschmutzung von den und durch die Nazis für niemand anderen mehr nutzbar ist), aber wir arbeiten dran ...



Am 20. trafen nach und nach mehr als achtzig Leute auf dem ausgesuchten Platz ein, Teams aus den Reihen der Punks, der Falken, der JAA, anderer politischer Gruppen, sowie von Jugendlichen aus dem Viertel selbst fanden sich und so stritt man rund zwei Stunden um den Ball. Den 1. Platz machte verdientermaßen ein Team Jugendlicher aus dem Viertel, das sich in einer kurzen Rede für die Organisierung des Turniers bedankte und damit endete, dass die Nazis das Viertel niemals für sich werden gewinnen können, wenn alle anderen zusammenhalten.

Nach Beendigung des Turniers und vor der abendlichen Party im Antifaschistischen Café zog man gemeinsam zum Haus der Nazis, wo sich unter Polizeischutz rund 15 Faschisten versammelt hatten, und sagte ihnen noch einmal lautstark die Meinung.



Ich glaub, ich steh im Wald

Treffen faschistischer Publizisten in Helmstedt

■ Ein verregneter Oktobersamstag - eigentlich kein Wetter um vor die Tür zu gehen. Dennoch hatten sich vor der Waldgaststätte „Waldwinkel“ nahe Helmstedt rund 40 AntifaschistInnen und eine Handvoll PDSler eingefunden. Anlaß war eine Kundgebung gegen eine Veranstaltung der Gesellschaft für freie Publizistik (GFP). - Die GFP ist ein Produkt ehemaliger NSDAP- und SS - Angehöriger mit der Absicht, ein publizistisches Forum des „nationalen Lagers“ zu schaffen. So dient die GFP als Bindeglied zwischen faschistischen Verlagen und Autoren und widmet sich mit Vorliebe Themen, wie Holocaustleugnung, Kriegsschuld und der „Ausländerfrage“ (kurz: *„Deutschland muß das Land der Deutschen bleiben“*).

So einen Blödsinn darf man noch nicht einmal im tiefsten Wald verbreiten. – Mit Transparenten wurde die Zufahrt zum Gasthof versperrt und überhaupt für ein wenig Aufsehen gesorgt.
Natürlich waren weder die Rechtspublizisten, noch die an ge(g)reisten

Besucher (Durchschnittsalter 65) besonders erfreut darüber, daß man sie nun partout nicht zu ihrem rechten Kaffeekränzchen lassen wollten. Wüste Beschimpfungen und Handgreiflichkeiten waren die Folge. Einige Autos fuhren, ungeachtet möglicher Personenschäden, einfach durch die Blockade hindurch. Auch die Polizei mischte mal wieder kräftig mit und nahm einen Antifaschisten fest.



Leipzig am 1. September:

Desaster Area for Nazis!

■ Am 1. September wollten die „freien Nationalisten“ in Leipzig marschieren. Doch weit sind sie nicht gekommen... Hier ein Bericht:

Mehr oder weniger ausgeschlafen brechen wir am morgen des 1. September nach Leipzig auf. Den Ankündigen zu folge hatten wir uns auf einiges gefaßt zu machen. Und tatsächlich; kurz vor Leipzig stehen wir dann auch schon in einer Polizeikontrolle.. kein nettes Gefühl, wenn der Bulle einem ständig mit ‘ner MP vor der Nase rumfuchtelt. Irgendwann hatten die Grünweißen es dann auch endlich geschafft den Wagen zu durchsuchen (daß man die Dinge auch wieder ordentlich zurück legen kann, scheint man auf der Polizeischule allerdings nicht zu lernen!) und unsere Personalien zu checken. - Wir dürfen weiterfahren.

In Leipzig gehen wir erst mal zu der bürgerlichen Kundgebung. Dort hatten sich lauter “gute Bürger” und Vertreter von Staat und Kirche versammelt, um gegen Rechtsextremismus, Fremdenhaß und Gewalt von Rechts, wie von Links zu protestieren. Auch DemonstrantInnen aus dem linken Spektrum sind da – allerdings nicht um sich an diesem “Aufstand der Anständigen” zu beteiligen, sondern,

um gegen diese “Sich selbst feiernde Zivilgesellschaft” zu demonstrieren. Als der Oberbürgermeister von einem “blühendem Deutschland” und den “armen Polizisten, die ja nun so weit weg von ihren Familien ihren Dienst tun müssen” spricht, versuchen Leute mit einem Transparent („Wer von Kapitalismus nicht reden will, soll auch von Gewalt schweigen“ - oder so ähnlich) auf die Bühne zu klettern. Es kommt zu Rangeleien. Eine vermummte, behelmte Bulleneinheit stürmt auf den Platz und drängt die Leute von der Bühne weg. Für kurze Zeit fällt der Strom aus. Ab sofort kniet neben dem OB ein behelmter Bulle, der die Leute vor der Bühne filmt.

Inzwischen haben wir herausgefunden, daß es zwei weitere angemeldete Kundgebungspunkte gibt, die in der Nähe der Naziroute liegen. Wir machen uns auf den Weg zu dem Treffpunkt an der Russischen Kirche. Auf dem Weg kommen wir vorbei an entglasten Banken/Versicherungsgebäuden; Pflastersteine liegen überall.. Es scheint schon einiges los gewesen zu sein. Am Treffpunkt sammeln sich nach und nach immer mehr Leute. Informationen kommen rein, daß die Nazis immer noch nicht los gegangen sind. Die allgemeine Einschätzung ist abzuwarten, bis die Nazis unterwegs sind, um dann die Straße dichtzumachen und nicht schon vorher Auseinandersetzungen mit den Bullen zu beginnen. Doch da kommt eine Gruppe von ca. 150 Leuten mit einer kleinen Demo an und erklärt, sie würden jetzt vorne die Kreuzung dichtmachen - mit einer Sitzblockade. Es ist viel zu früh, aber viele Leute schließen sich diesem Zug an.

Plötzlich scheint überall was los zu sein. Auf der Kreuzung brennt es. Einige Schaufenster gehen zu Bruch... Die ersten Sondereinheiten bauen sich auf. Auf der Straße, die zurück zur Russischen Kirche führt, bauen Leute eine Barrikade. Diese wird an den Seiten offengelassen, um den Rückzug hinter die Barrikade zu ermöglichen. Die Polizei setzt Wasserwerfer ein, um die Brände zu löschen. Erste



Polizeieinheiten rücken vor und drängen die meistens panisch wegrennenden Leute in die Straße. Die Leute können an den schmalen, offengelassenen Seiten der Barrikade durch. Doch auch die Bullen haben die Schwachstelle in der Barrikade entdeckt, obwohl ein gewaltiger Steinhagel auf sie niedergeht, kommen sie hier durch und treiben die Leute auseinander. Langsam legt sich der Tumult. Wir erfahren, daß die Nazis mittlerweile losgegangen sind, aber immer noch Nähe Bahnhof festsitzen. Also, nichts wie hin!



500 Meter sind die Nazis „marschiert". Nun sitzen sie fest. Über die Beweggründe, warum die Bullen die Nazis nicht haben weitergehen lassen, kann man nur spekulieren: Zum einen Wahrscheinlich das gelegentliche Nichteinhalten der Auflagen der Nazis und zum anderen die unsichere Situation in der Stadt, wo einige tausend Antifas die Bullen ganz schön in Bewegung brachten. Die Nazis machen mittlerweile eine Sitzblockade und rufen „Wir sind das Volk". Der Stimmungsmacher im Lauti kann seine KameradInnen aber offensichtlich nicht mehr zu viel bewegen.

Zwischendurch hören wir eine lustige Anekdote, z.B. ein Antifaschist, der auf der Nazidemo hinter dem Fronttransparent mitlief und irgendwann mit dem Transparent davon rannte. Er wurde von den Bullen verhaftet und nach einer Personalienfeststellung kurz danach wieder laufengelassen.

Vereinzelt oder in kleinen Gruppen versuchen immer wieder Nazis aus der Demo raus zukommen.

Doch diese Versuche scheitern kläglich am Widerstand der AntifaschistInnen. Die Bullen scheinen keinen Bock mehr zu haben - die Nazis sollen zurück zum Bahnhof. Doch leider ist der Bahnhofsvorplatz voll mit GegendemonstrantInnen. Die Polizei beginnt zu räumen. Wasserwerfer fahren auf und der Einsatzleiter fordert auf, weiter zurückzugehen. Als das nicht schnell genug geht und immer mehr Flaschen und Steine auf die Bullen fliegen, fangen die Bullen an zu knüppeln und setzen zwei Wasserwerfer ein. In dem Wasser ist Tränengas enthalten. Sie treiben uns in den Park - dort warten allerdings auch schon Polizisten. Anstatt einen geordneten Rückzug anzutreten, fangen immer wieder große Gruppen von Personen an panisch wegzurennen und so andere Leute mitzureißen. Schließlich

ist der Platz leer und die Nazis sitzen im Zug. Gruppen sammeln sich und langsam kehrt Ruhe ein. **Für die Nazis war dieser Tag ein Desaster - für uns ein voller Erfolg!**

Doch irgendwie scheinen die Nazis das nicht kapiert zu haben. Am 3.11. versuchten sie ein weiteres Mal in Leipzig zu marschieren und erlebten ein ähnliches Fiasko wie am 1. September. Eigentlich müßten sie ja spätestens nach der 2ten Schlappe endlich verstanden haben, daß sie in Leipzig keine Schnitte haben Doch nicht jeder wird aus Fehlern klug – am 6.4.2002 wollen die Nazis wieder nach Leipzig kommen ... Wir freuen uns schon!

Bundesweite Demonstration gegen Abschiebeknäste in Büren

■ In Büren befindet sich der größte Abschiebeknast Westeuropas – einer der zentralen Knotenpunkt zur Abschiebung von Flüchtlingen und ein Symbol für die rassistische Asylpolitik der BRD.

Schon seit dem Bau des Abschiebeknastes finden in Büren bundesweite Demonstrationen gegen Abschiebung und stattlichen Rassismus statt. Auch dieses Jahr hatte ein breites Bündnis aus antifaschistischen und antirassistischen Gruppen für den 3. Oktober zu der Kundgebung aufgerufen. Gruppen aus der ganzen Bundesrepublik waren an gereist, so daß über 1500 Teilnehmer lautstark gegen die Abschiebemaschinerie der BRD protestierten.



Zu Beginn zogen die DemonstrantInnen zum Knast hoch. Mit Trillerpfeifen und lauten Parolen wurde versucht, die Mauern zu durchdringen und den Gefangenen “ein Zeichen zu geben”. Später sammelte man sich zu einem Demonstrationszug durch den Ort Büren.

Während der gesamten Demonstration hat die Anstaltsleitung der JVA Büren die Sicherheitsmaßnahmen massiv verschärft. So gab es für die Inhaftierten weder Hofgang noch Umschluss, noch konnten sie besucht werden. Trotzdem ist die Demonstration von den Gefangenen positiv aufgenommen worden, wurde für sie doch deutlich, daß es außerhalb der Mauern noch Menschen gibt, die sich mit ihnen solidarisieren.

Termine:

8. Dezember 2001
Demonstration gegen den Abschiebeknast in Hannover-Langenhagen
Achtet auf weitere Ankündigungen

Jeden Freitag ab 20 Uhr



Antifaschistische Aktionen, Informationen, Diskussionen, Veranstaltungen, Filme, Flugblätter, Zeitschriften, Bücher, Plakate, Aufkleber, T-Shirts, Anstecker, Aufnäher ...

Cyriaksring 55, 38118 Braunschweig
http://www.puk.de/antifacafe